

bessere Mittel zur Verfügung habe. So kaufen sie im Herbst 1957 aus Gruppenmitteln den Abzugsapparat „Polygraph“.

Im Frühjahr 1958 wird Hans Lutz Dalpke von Christian Ramatschi und Gerhard Bauer im März und im Mai zu Geburtstagsfeiern eingeladen und dann für die Gruppe geworben. Am 3. Mai (Geburtstag von Bauer) unterhält man sich darüber, wie man den Kreis erweitern könne und die Arbeit der Gruppe fortführen solle. Im Verlauf des Sommers kommen Dieter Brendel und Gernot Frey sowie andere zu der Gruppe. Im November zählt sie vierzehn Mitglieder.

Schon im Frühjahr ist man sich darüber einig, daß ein Mitglied bei einem etwaigen Austritt aus Sicherheitsgründen die „DDR“ verlassen solle.

Am 10. September treffen sich in der elterlichen Wohnung von Gerhard Bauer in Pirna die fünf Angeklagten. Auf Grund der Werbegespräche erscheint es ihnen notwendig, ein Grundsatzprogramm auszuarbeiten. Damit werden drei Mitglieder beauftragt. An diesem Tag zeigt Hans Lutz Dalpke den anderen eine Gaspistole, die er in Westberlin gekauft hat. Christian Ramatschi und Gerhard Bauer geben ihm Geld, um ihnen auch eine zu besorgen. Er tut dies in den nächsten Wochen. Am 13./14. September 1958 treffen sich Dieter Brendel, Armin Schreiter und Christian Ramatschi, um das Programm auszuarbeiten. Sie machen einen Entwurf, in dem sich etwa folgende Ziele finden:

- Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Materialismus,
- Entmachtung der SED, Auflösung des SSD und Bestrafung seiner Mitarbeiter,
- Reduzierung der Volksarmee und Austritt der „DDR“ aus dem Warschauer Pakt,
- Veränderungen in der Wirtschaftspolitik und der Landwirtschaftspolitik der „DDR“.

Am Abend des 14. September kommt Bauer dazu, ihm mißfällt der Entwurf. Zusammen mit Brendel und Schreiter macht er einen neuen, der mehr grundsätzlicher Art ist. Dieses sogenannte 16-Punkte-Programm wird ausgearbeitet unter Zuhilfenahme der Verfassung der „DDR“, des Grundgesetzes der Bundesrepublik und Jaspers: „Vom Ursprung und Ziel der Geschichte“. Es enthielt u. a.:

- Unantastbarkeit der Würde des Menschen,
- Unverletzlichkeit der Freiheit der Person,
- Meinungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Freiheit der Kunst und Wissenschaft, der Forschung und Lehre,
- Unabhängige Rechtsprechung.

Die Frage einer Publikation dieses Programms ist zwar erwogen, aber nie entschieden worden. Das Programm ist auch nie von der Gruppe gebilligt oder abgelehnt worden. An Hand dieses Programmes geben sie sich den Namen „Nationalkommunistischer Studentenbund“.

Am 20. September geht Hans Lutz Dalpke nach Absprache mit Bauer zur „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) in Westberlin, obwohl die Gruppe sich vorher einig war, keine Kontakte zu westlichen Nachrichtendiensten aufzunehmen. Dalpke trägt einem Mitarbeiter der KgU den Wunsch vor nach Unterstützung der Gruppe durch die Hergabe von Matrizen oder Geld. Dieser lehnt eine Unterstützung jedoch ab, rät ihm vielmehr, die Gruppe sofort aufzulösen, da deren Tätigkeit viel zu gefährlich sei. Die Mitglieder sollen statt dessen einen Kampf um die „einzelne Seele“ führen.

Am 9. November findet eine entscheidende Vollversammlung der Gruppe statt. Man führt eine heftige Debatte über die Frage des Weiterbestehens der Gruppe. Ausgelöst wird dies durch Austrittsabsichten eines Mitglie-

des und durch Zweifel anderer an dem Sinn eines Weitermachens. Man erörtert folgende Wege zur Auflösung: a) einfach auseinandergehen, b) geschlossen zum SSD gehen und sich zu stellen, c) gemeinsam in die Bundesrepublik zu fliehen. Keiner der drei Wege findet Zustimmung, und so entschließt man sich mit zehn gegen zwei Stimmen für Weiterbestehen der Gruppe.

Zum Vorsitzenden wird Armin Schreiter gewählt, seit September hatte Hans Lutz Dalpke kommissarisch die Gruppe geleitet. Beisitzer werden Christian Ramatschi und Gernot Frey. Auf Betreiben von Bauer wird eine sogenannte Sicherheitsgruppe gebildet, um die Gefährdung der Gruppe durch Unvorsichtigkeiten von Mitgliedern einzuschränken. Dieser Sicherheitsgruppe gehören an: Hans Lutz Dalpke als Leiter, Armin Schreiter, Dieter Brendel, Klandt und Kaul (die beide in diesem Prozeß nicht angeklagt sind).

Auf der Vollversammlung oder auf der anschließenden Sitzung der Sicherheitsgruppe berichtet Dalpke von seinem Besuch bei der KgU. Es spricht sich keiner der Anwesenden entschieden dagegen aus. Es wird weiter über eine Bewaffnung der Gruppe diskutiert. Man hält die Bewaffnung mit Gaspistolen und auch mit Pistolen zur eigenen Sicherheit für wünschenswert.

Auf einer Sicherheitsgruppensitzung am 16. November, mittlerweile gehört auch Gerhard Bauer dazu, der die Tendenz der Sicherheitsgruppe „entschärfen“ wollte, wird diskutiert über die Frage der Bewaffnung, und man unterhält sich auch über die Verwendung von „Sprengstoffen“. Man fährt in die Dresdener Heide, um nach alten Waffen und Munition zu suchen, findet aber nichts. In dieser Zeit führt Kaul auch seine sogenannte Versuchssprengung durch, er zerstört mit Hilfe einiger Chemikalien einen Ziegelstein durch eine Explosion.

Bauer macht am 16. November den Vorschlag, man möge möglichst zahlreich in die Sowjetzonen-CDU eintreten, da er in dieser Partei Wirkungsmöglichkeiten für die Ziele der Gruppe sehe. Auch sollten die Mitglieder ihre Funktionen in der GST und der FDJ im Sinne der Gruppe ausnützen.

Im November erzählt Klandt den anderen, er habe Verbindung zum CIC. Dalpke, der ihn seit Jahren kennt, hält dies für ungläubhaft.

Am 24. November geht Dalpke zum zweitenmal vergeblich zur KgU. Man läßt ihn nicht mehr vor. Vor oder nach diesem Besuch sind Gerhard Bauer und Dalpke gemeinsam beim Berliner Büro des Ministers für gesamtdeutsche Fragen. Sie wollen Bundesminister Lemmer sprechen, werden aber nicht vorgelassen. Auch hier ist ein zweiter Versuch von Dalpke am 2. Januar 1959 erfolglos.

Am 10. Dezember führt man in der Sicherheitsgruppe eine theoretische Unterhaltung über die Behandlung eines Mitgliedes, das austreten möchte, aber nicht bereit ist, in den Westen zu gehen; der Schatten des „Verräters“ taucht auf. Man entwirft außerdem ein Briefwarnsystem für den Fall einer akuten Gefährdung der Gruppe.

Anfang Januar schreiben Bauer und Ramatschi gemeinsam einen Brief an die Berliner Vertretung von BBC-London. Sie wenden sich darin gegen die Entschließung des Studenten-Kongresses gegen Atomrüstung von Anfang Januar in Westberlin in Sachen Konföderation. Gerhard Bauer erklärt dazu, er habe befürchtet, daß bei einer Konföderation die Verhältnisse der „DDR“ auf die Bundesrepublik übertragen würden. Der Brief ist dann von BBC mehrfach gesendet worden.

Am 12. Januar teilt Gernot Frey der Gruppe mit, daß er beabsichtigt auszutreten. Er gerät deswegen in einen